

ELDA – Tagung 2022

Lohnsteuer

Mag. Franz Proksch
BMF, Zentrale Fachstelle
Oktober 2022

Gesetzliche Änderungen

Überblick

- ÖkoStRefG, BGBl I 10/2022 vom 14.2.2022
- Abgeltung Treibstoffkosten, BGBl I 63/2022 vom 13.5.2022
- Teuerungs-Entlastungspaket, BGBl I 93/2022 vom 30.6.2022
- Abgabenänderungsgesetz 2022, BGBl I 108/2022 vom 19.7.2022
- Änderung des FLAG 1967 und des EStG 1988, BGBl I 135/2022 vom 28.7.2022
- Teuerungsabsetzbetrag, BGBl I 138/2022 vom 28.7.2022
- Teuerungspaket-Entlastungspaket II, RV BGBl I xxx
- Budgetbegleitgesetz 2022, ME BGBl I xxx

Änderung von Verordnungen

Inhalte

- Änderungen der Lohnkontenverordnung
- Änderungen der FaBo+ - Anpassungsverordnung
- Änderung der Pendlerverordnung
- Verordnung betreffend grenzüberschreitende Arbeitskräfteüberlassung

Steuerbefreiungen

§ 3 EStG 1988; § 124b EStG 1988

Budgetbegleitgesetz 2022, ENTWURF

- § 3 Abs. 1 Z 13 lit. b EStG iVm § 124b Z 416 EStG
 - Der Zuschuss des Arbeitgebers für die Betreuung von Kindern soll **ab dem Kalenderjahr 2023** von 1.000 € auf **2.000 € erhöht** werden
 - Die Altersgrenze der Kinder, für deren Betreuung der Arbeitgeber einen steuerfreien Zuschuss gewähren kann, soll vom nicht vollendeten 10. Lebensjahr auf das **nicht vollendete 14. Lebensjahr** angehoben werden.
 - Dies gilt auch, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer die Kosten für die Kinderbetreuung zumindest **teilweise** gegen **Vorlage der Rechnung**, die **zum Lohnkonto** zu nehmen ist, ersetzt.
 - erstmalig für Lohnzahlungszeiträume, nach dem 31. 12. 2022

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket II, RV

- § 3 Abs. 1 Z 16d EStG – Carsharing
 - Zuschüsse des Arbeitgebers bis zu 200 € pro Kalenderjahr steuerfrei
 - für nicht beruflich veranlasste Fahrten im Rahmen von Carsharing
 - Kfz, Fahrräder, Krafträder mit CO₂-Emissionswert = 0 (E-Auto, E-Motorräder, E-Bikes, E-Scooter)
 - direkt an den Anbieter oder in Form von Gutscheinen
- § 124b Z 412 – ab Jänner 2023

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Ökosozielles Steuerreformgesetz, BGBl I 10/2022

- § 3 Abs. 1 Z 35 EStG – Mitarbeitergewinnbeteiligung
 - bis zu 3.000 € steuerfrei
 - **Gewährung an alle Arbeitnehmer oder bestimmte Gruppen von Arbeitnehmer**
 - **Zahlung darf nicht** aufgrund einer **lohngestaltenden Vorschrift gemäß § 68 Abs. 5 Z 1 bis 6 EStG** erfolgen, aber durch eine innerbetriebliche Vereinbarung gemäß § 68 Abs. 5 Z 7 EStG
 - Gewinnbeteiligung darf **nicht anstelle** des **bisher gezahlten Arbeitslohns** oder einer **üblichen Lohnerhöhung** geleistet werden
 - **Individuell vereinbarte Leistungsbelohnungen**, die **bisher** vom Arbeitgeber **freiwillig** gewährt wurden, sollen dabei nicht als Teil des bisher gezahlten Arbeitslohns gelten.
 - Insgesamt gedeckelt mit dem Gewinn der im letzten Kalenderjahr endenden WJ des AG oder des Konzerns
- § 124b Z 383 – ab Jänner 2022

Ökosozielles Steuerreformgesetz, BGBl I 10/2022

- an alle Arbeitnehmer oder bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern
 - Eine willkürliche Gruppenbildung - etwa nach Maßstäben persönlicher Vorlieben oder Nahebeziehungen - kann nicht zur Steuerbefreiung führen.
 - Ob die Gruppenbildung sachlich begründbar ist, hängt im Einzelfall auch von der Art des mit der Gruppenzugehörigkeit verbundenen Vorteils und vom Zweck der Steuerbefreiung ab (vgl VwGH 27.07.2016, 2013/13/0069).
 - Die hierfür herangezogenen Kriterien sind aber objektiv nachvollziehbar darzustellen.

Abgabenänderungsgesetz 2022, BGBl I 108/2022

- § 3 Abs. 1 Z 35 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:
 - Bei mehreren Arbeitgebern steht die Befreiung insgesamt nur bis zu 3. 000 € pro Arbeitnehmer im Kalenderjahr zu.
- § 41 Abs. 1 14 EStG 1988 - Pflichtveranlagung
 - im Kalenderjahr mehr als 3 000 € Gewinnbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Z 35 steuerfrei berücksichtigt wurde
 - **§ 124b Z 401: erstmalig bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 2022 anzuwenden.**

Änderung der Lohnkonten-VO, BGBl II 83/2022

- Änderung der Lohnkontenverordnung 2006 durch BGBl II 83/2022 vom 28.2.2022
 - § 2 Z 1 Lohnkontenverordnung 2006
 - 1. Die steuerfreien Bezüge gemäß §§ 3 Abs. 1 Z 4 lit. a, 5 lit. a und c, 8, 9, 10, 11, 12, 15 lit. a, b und c, 16, soweit es sich um freiwillige Zuwendungen zur Beseitigung von Katastrophenschäden handelt, 22, 23, 24, 30 **und 35** EStG 1988,

Ökosoziale Steuerreform - Mitarbeiterbeteiligung

- Es wurde eine **steuerfreie Gewinnbeteiligung eingeführt**
 - **Nur Lohnsteuerbefreiung**
 - **DB-, DZ- und KommSt-pflichtig**
 - **SV-pflichtig**
- **Inkrafttreten**
 - Für **Lohnzahlungszeiträume ab 1.1.2022**

Teuerungs-Entlastungspaket, BGBl I 93/2022

- § 124b Z 408 EStG
 - **Teuerungsprämie** in den Jahren 2022 und 2023
 - Bis 2.000 € ohne weitere Voraussetzung
 - zusätzlich bis 1.000 € aufgrund lohngestaltender Vorschrift gemäß § 68 Abs. 5 Z 1 bis 7
 - zusätzliche Zahlungen, die üblicherweise bisher nicht gewährt wurden
 - erhöhen nicht das Jahressechstel und werden nicht auf das Jahressechstel angerechnet
 - Teuerungsprämie + Mitarbeitergewinnbeteiligung – maximal 3.000 €
 - Eine **steuerfrei gewährte Gewinnbeteiligung** kann im Kalenderjahr 2022 rückwirkend als Teuerungsprämie behandelt werden.

Teuerungs-Entlastungspaket, BGBl I 93/2022

- FAQ zur Teuerungsprämie
 - bis zu 2.000 € ohne weitere Voraussetzungen, daher auch an einzelne MA möglich
 - einmalig, monatlich, größere Perioden
 - Aufstockung ist möglich, wenn zB KV weniger als 1.000 € vorsieht
 - 1.000 € auf Grund IgV – Vereinbarung nach § 67 Abs. 5 Z 7 EStG genügt
 - alle AN oder bestimmte Gruppen von AN (auch nach sozialen Gesichtspunkten)
 - Auch in Form von Gutscheinen
 - Beschäftigungsausmaß und Beschäftigungsdauer spielen keine Rolle
 - erhöhen nicht das Jahressechstel und sind auf dieses nicht anzurechnen
 - Im Lohnkonto und L16 auszuweisen

Teuerungs-Entlastungspaket, BGBl I 93/2022

- FAQ zur Teuerungsprämie
 - Nicht begünstigt = Umwandlung bisher gewährter Prämien,
 - Außer, im KJ 2022 bereits **steuerfrei gewährte** Gewinnbeteiligung
 - = > nicht Lohnerhöhungen auf Grund der Teuerung
 - = > nicht bisher gewährte Gewinnbeteiligungen, welche in steuerfreie Gewinnbeteiligungen umgewandelt werden durften, weil es an der Voraussetzung der zusätzlichen Zahlung mangelt
 - Bis 2.000 € bzw 3.000 € steuerfrei, der übersteigende Teil ist pflichtig nach § 67 Abs. 10 EStG bzw bei laufender Zahlung nach Tarif

Teuerungs-Entlastungspaket, BGBl I 93/2022

- FAQ zur Teuerungsprämie
 - an alle Arbeitnehmer oder bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern
 - Ob die Gruppenbildung **sachlich begründbar** ist, hängt im Einzelfall auch von der Art des mit der Gruppenzugehörigkeit verbundenen Vorteils und vom **Zweck der Steuerbefreiung** ab (vgl VwGH 27.07.2016, 2013/13/0069).
 - Nachdem die Teuerung Arbeitnehmer jeweils nach deren familiären oder sozialen Verhältnissen unterschiedlich trifft, können - analog zu § 3 Abs. 1 Z 13 lit. b EStG 1988 (vgl VwGH 27.07.2016, 2013/13/0069) auch soziale Kriterien für die Bildung einer steuerlich relevanten Gruppe herangezogen werden (z.B. gruppenweise Staffelung nach Familienstand und/oder Anzahl etwaiger Kinder).
 - **Die hierfür herangezogenen Kriterien sind aber objektiv nachvollziehbar darzustellen.**

Budgetbegleitgesetz 2022, ENTWURF

- Die Teuerungsprämie soll beim Arbeitnehmer **nur insoweit steuerfrei** sein, als sie insgesamt den Betrag von 3.000 € pro Jahr nicht übersteigt.
Wird im Kalenderjahr **mehr als 3 000 €** Teuerungsprämie samt Gewinnbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Z 35 **steuerfrei berücksichtigt**, soll der Steuerpflichtige gemäß **§ 41 Abs. 1 zu veranlagen** sein.

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Änderung der Lohnkonten-VO, BGBl II 303/2022

- Änderung der Lohnkontenverordnung 2006 durch BGBl II 2022/303, ausgegeben am 9. 8. 2022
 - § 5 Abs 4 Lohnkontenverordnung 2006
 - Für die **Kalenderjahre 2022 und 2023** ist zusätzlich zu den Bezügen gem § 2 Z 1 die **steuerfreie Teuerungsprämie gem § 124b Z 408 EStG 1988** in das Lohnkonto aufzunehmen und auszuweisen, in welcher Höhe diese aufgrund einer lohngestaltenden Vorschrift gem § 68 Abs 5 Z 1 bis Z 7 EStG 1988 geleistet wurde.

Abgabenänderungsgesetz 2022, BGBl I 108/2022

- § 3 Abs. 1 Z 36 betreffend Stiftungen der ehemaligen Betriebskrankenkassen
 - *sowie die Zuwendung geldwerter Vorteile gemäß Z 13 lit. a, zweiter Teilstrich*
- Erweiterung der Steuerbefreiung nach Z 36 um zielgerichtete, wirkungsorientierte Gesundheitsförderung (Salutogenese) und Prävention, wenn diese vom Leistungsangebot der gesetzlichen Krankenversicherung erfasst sind, sowie Impfungen

Abgabenänderungsgesetz 2022, BGBl I 108/2022

- § 3 Abs. 1 Z 38 – **NEUE** Befreiung für Sozialfonds
- Zuschüsse oder sonstige Leistungen, auf die **kein Rechtsanspruch** besteht, der auf Grund des § 2 Abs. 2 Z 6 des ArbVG, **kollektivvertraglich eingerichteten Sozialfonds** für das Bewachungsgewerbe sowie für das Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereinigungsgewerbe, sowie **vergleichbarer Einrichtungen**, nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

.. / ..

Die Zuschüsse oder sonstigen Leistungen gelten als Einkünfte im Sinne des § 25 Abs. 1.

Abgabenänderungsgesetz 2022, BGBl I 108/2022

- § 3 Abs. 1 Z 38 – **NEUE** Befreiung für Sozialfonds
- a) Die Zuschüsse oder sonstigen Leistungen werden aktiven beziehungsweise ehemaligen Arbeitnehmern in folgenden Fällen gewährt:
 - **Bei Arbeitslosigkeit** bis zu einem Gesamtbetrag von 1.500 €;
 - für nachweislich nach Ende eines Arbeitsverhältnisses absolvierte **Weiterbildungen und Umschulungen** bis zu einem Gesamtbetrag von 600 € oder
 - bei einem **mindestens 24 Tage** andauernden **Krankenstand**, der während eines Arbeitsverhältnisses begonnen hat, bis zu einem Gesamtbetrag von 2 250 € pro Arbeitnehmer und Kalenderjahr.

Abgabenänderungsgesetz 2022, BGBl I 108/2022

- **§ 3 Abs. 1 Z 38 – NEUE Befreiung für Sozialfonds**

- b) Im **Todesfall** des Arbeitnehmers in Folge eines **Arbeitsunfalles** werden die Zuschüsse oder sonstigen Leistungen einem Angehörigen bis zu einem Gesamtbetrag von 5.000 € im Kalenderjahr gewährt.
- c) In **sachlich begründeten besonderen berufsspezifischen Härtefällen** werden Zuschüsse an Arbeitnehmer oder an deren Angehörige bis zu einem Gesamtbetrag von 5.000 € pro Einzelfall gewährt.
- d) Der kollektivvertragliche **Beitrag des Arbeitgebers an den Sozialfonds** darf **höchstens 0,5 %** des gebührenden Entgelts (Geld- und Sachbezüge) und der Sonderzahlungen, jeweils gemäß § 49 ASVG, auch über die ASVG-Höchstbeitragsgrundlage hinaus, betragen.

§124b Z 396: **erstmalig** auf Zuschüsse und sonstige Leistungen anzuwenden, die **nach dem 30. Juni 2022 ausbezahlt** werden.

Abgabenänderungsgesetz 2022, BGBl I 108/2022

- **§ 3 Abs. 1 Z 38 – NEUE Befreiung für Sozialfonds**

Erläuterungen:

Arbeitslosenunterstützung, Weiterbildungsunterstützung und Krankenstandsunterstützung (**lit. a**) können in einem Kalenderjahr **kumulativ – innerhalb der jeweils geltenden Grenze** – in Anspruch genommen werden.

Im **Todesfall in Folge eines Arbeitsunfalles** können bis zu einem **Gesamtbetrag von 5.000 € im Kalenderjahr** einem Angehörigen (§ 25 BAO) steuerfrei gewährt werden. In sachlich begründeten **besonderen berufsspezifischen Härtefällen**, sollen die Zuschüsse **an Arbeitnehmer oder an deren Angehörige** bis zu einem **Gesamtbetrag von 5.000 € pro Einzelfall** steuerfrei gewährt werden können.

Die steuerfreien Zuschüsse oder sonstigen Leistungen gelten beim Arbeitnehmer bzw. bei den hinterbliebenen Angehörigen als **Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit gemäß § 25 Abs. 1 im Kalenderjahr des Zuflusses**, wodurch sichergestellt werden soll, dass der **Sozialfonds als Arbeitgeber anzusehen** ist und damit die daraus folgenden Pflichten des Arbeitgebers, insbesondere die Übermittlung eines Lohnzettels, zu erfüllen hat.

Abgabenänderungsgesetz 2022, BGBl I 108/2022

- § 3 Abs. 1 Z 39
 - Einkünfte natürlicher Personen aus der Einspeisung von bis zu 12 500 kWh elektrischer Energie aus Photovoltaikanlagen, wenn die Engpassleistung der jeweiligen Anlage die Grenze von 25 kWp nicht überschreitet.
 - Erstmalig bei Veranlagung für 2022
 - Nähere Ausführungen dazu siehe EB zur RV sowie dem EStR 2000-Wartungserlass

Werbungskosten - Pendlerpauschale

§ 16 EStG 1988

§ 124b EStG 1988

Lohnkontenverordnung

Änderung des EStG 1988, BGBl I 63/2022

In § 124b wird folgende Z 395 angefügt:

a) Zur Abgeltung der erhöhten Treibstoffkosten sind im Zeitraum **Mai 2022 bis Juni 2023** **zusätzlich** zu den Pauschbeträgen gemäß § 16 Abs. 1 Z 6 lit. c [*kleine Pendlerpauschale*] folgende Pauschbeträge nach Maßgabe der Bestimmungen des § 16 Abs. 1 Z 6 lit. e bis j zu berücksichtigen:

Bei einer einfachen Fahrtstrecke von

mindestens 20 km bis 40 km	29,00 € monatlich
----------------------------	-------------------

mehr als 40 km bis 60 km	56,50 € monatlich
--------------------------	-------------------

mehr als 60 km	84,00 € monatlich
----------------	-------------------

Änderung des EStG 1988, BGBl I 63/2022

In § 124b wird folgende Z 395 angefügt:

b) Zur Abgeltung der erhöhten Treibstoffkosten sind im Zeitraum **Mai 2022 bis Juni 2023** **zusätzlich** zu den Pauschbeträgen gemäß § 16 Abs. 1 Z 6 lit. d [*große Pendlerpauschale*] folgende Pauschbeträge nach Maßgabe der Bestimmungen des § 16 Abs. 1 Z 6 lit. e bis j zu berücksichtigen:

Bei einer einfachen Fahrtstrecke von	
mindestens 2 km bis 20 km	15,50 € monatlich
mehr als 20 km bis 40 km	61,50 € monatlich
mehr als 40 km bis 60 km	107,00 € monatlich
mehr als 60 km	153,00 € monatlich

Änderung des Einkommensteuergesetzes 1988, BGBl I 63/2022

Erhöhung Pendlerpauschale von Mai 2022 bis Juni 2023:

Einfache Strecke km	Kleines Pendlerpauschale			Großes Pendlerpauschale		
	bisher € mtl.	Erhöhung	5/22 – 6/23	bisher € mtl.	Erhöhung	5/22 – 6/23
mehr als 2 bis 20				31,00	15,50	46,50
mehr als 20 bis 40	58,00	29,00	87,00	123,00	61,50	184,50
mehr als 40 bis 60	113,00	56,50	169,50	214,00	107,00	321,00
mehr als 60	168,00	84,00	252,00	306,00	153,00	459,00

Änderung des Einkommensteuergesetzes 1988, BGBl I 63/2022

- In § 124b wird folgende Z 395 angefügt:

c) Im Zeitraum **Mai 2022 bis Juni 2023** steht **zusätzlich ein Pendlereuro** gemäß § 33 Abs. 5 Z 4 von **0,50 € monatlich** pro Kilometer der einfachen Fahrtstrecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zu. Für die Berücksichtigung des zusätzlichen Pendlereuros gelten die Bestimmungen des § 16 Abs. 1 Z 6 lit. b und lit. e bis j entsprechend.

Änderung des Einkommensteuergesetzes 1988, BGBl I 63/2022

- Erhöhung Pendlereuro Mai 2022 bis Juni 2023 um € 0,50 monatlich / km einfache Strecke:
 - Beispiel: kleines Pendlerpauschale für 25 km

2022			2023		
Monate	PP	P€	Monate	PP	P€
1-4	232,00	16,67	1-6	522,00	75,00
5-12	696,00	133,33	7-12	348,00	25,00
Summe	928,00	150,00	Summe	870,00	100,00
Differenz	+ 232,00	+ 100,00	Differenz	+ 174,00	+ 50,00

Änderung der Pendlerverordnung

- Änderung der Pendlerverordnung durch BGBl II 275/2022
 - § 6 Abs. 4 Pendlerverordnung
 - In den Monaten **Mai 2022 bis Juni 2023** sind bei der Berücksichtigung des Pendlerpauschales und des Pendlereuro gemäß § 3 Abs. 6 **zusätzlich** zu den durch den Pendlerrechner ermittelten Pauschbeträgen (gemäß § 16 Abs. 1 Z 6 und § 33 Abs. 5 Z 4 EStG 1988) die **Werte gemäß § 124b Z 395 EStG 1988** heranzuziehen.
 - Der Arbeitgeber hat für diesen Zeitraum die **höheren Werte im Rahmen der Lohnverrechnung** zu berücksichtigen, eine **erneute Abgabe des amtlichen Formulars** nur aufgrund der höheren Werte **ist nicht erforderlich**.

Abgabenänderungsgesetz 2022

§ 16 Abs. 1 Z 6 lit. i lautet:

- i) Liegen bei einem Arbeitnehmer die Voraussetzungen für die Berücksichtigung eines Pendlerpauschales vor, gilt bezüglich § 26 Z 5 Folgendes:
 - aa) Nutzt der Arbeitnehmer an der Mehrzahl der Arbeitstage im Lohnzahlungszeitraum einen **Werkverkehr gemäß § 26 Z 5 lit. a**, steht ein Pendlerpauschale nur für jene Wegstrecke zu, die nicht von § 26 Z 5 lit. a umfasst ist. Kostenbeiträge des Arbeitnehmers für die Beförderung im Werkverkehr stellen Werbungskosten dar. Das zustehende Pendlerpauschale und ein zu leistender Kostenbeitrag sind dabei insgesamt mit der Höhe des sich aus lit. c, d oder e ergebenden Betrages für die Gesamtstrecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte begrenzt.
 - bb) Bei **Zuwendungen gemäß § 26 Z 5 lit. b [Öffi-Ticket]** vermindert sich das **Pendlerpauschale** gemäß lit. c, d oder e **um die vom Arbeitgeber getragenen Kosten**. Die Zuwendungen sind verhältnismäßig auf den gesamten Zeitraum der Gültigkeit der Wochen-, Monats- oder Jahreskarte zu verteilen.

§ 124b Z 398 – für **Lohnzahlungszeiträume nach 31.12.2022**

Abgabenänderungsgesetz 2022

- § 16 Abs. 1 Z 6 lit. i EStG 1988 – Beispiel:
 - Der Arbeitnehmer hat Anspruch auf ein Pendlerpauschale iHv € 107 monatlich, € 1.284 jährlich und hat Klimaticket zum Preis von € 1.095 mit Gültigkeitszeitraum 11/2022 bis 11/2023 (13 Monate) erworben.
 - Der Arbeitgeber leistet am 1.11.2022 einen Kostenbeitrag iHv € 650.
 - Lösung:
 - Im Kalenderjahr 2022 steht für 11-12/2022 kein Pendlerpauschale zu. Am L16 ist der volle Kostenbeitrag auszuweisen.
 - Von 1-11/2023 ist das Pendlerpauschale monatlich um € 50 (= 650 durch 13) zu kürzen und lediglich iHv € 57 zu berücksichtigen. Am L16 für das Jahr 2023 ist das tatsächlich gewährte Pendlerpauschale und die Anzahl der Monate des Gültigkeitszeitraums (= 11) auszuweisen.

Sonderausgaben

§ 18 EStG 1988

Ökosoziale Steuerreform – Sonderausgaben „Raus aus fossilen Brennstoffen“

Dekarbonisierung der Wärmeversorgung von Gebäuden

- Sonderausgaben für **thermisch-energetische Sanierung von Gebäuden**
 - **800 €** jährlich, wenn die Ausgaben, abzgl Förderungen, **4.000 €** übersteigen
- Sonderausgaben für **Ersatz fossiler Heizsysteme**
 - **400 €** jährlich, wenn die Ausgaben, abzgl Förderungen, **2.000 €** übersteigen
- Voraussetzung jeweils
 - **Förderung durch den Bund** iSd UmweltförderungsG
 - verteilt auf 5 Jahre (Jahr der Auszahlung der Förderung + 4 Jahre)
 - bei weiteren geförderten Investitionen – Verlängerung auf 10 Jahre
 - Datenübermittlung im Wege der Transparenzdatenbank

Zeitliche Zuordnung, Zufluss-, Abflussprinzip

§ 19 EStG 1988

Abgabenänderungsgesetz 2022

- § 19 – Abweichung vom Zufluss-/Abflussprinzip
- **Zufluss** im Jahr, für das der Anspruch bestand:
 - **Nachzahlungen von Pensionen**, über deren Bezug bescheidmäßig abgesprochen wird, Bezüge gemäß § 25 Abs. 1 Z 1 lit. c [**Krankengeld**], das **Rehabilitationsgeld** gemäß § 143a ASVG und das **Wiedereingliederungsgeld** gemäß § 143d ASVG
 - das versicherungsmäßige **Arbeitslosengeld**, das **Umschulungsgeld** gemäß § 39b AIVG und die **Notstandshilfe** oder an deren Stelle tretende Ersatzleistungen
- **Abfluss** im Jahr, in dem der Anspruch bestand:
 - **Rückzahlungen** von Einnahmen gemäß Abs. 1 Z 2 erster und zweiter Teilstrich gelten in dem Kalenderjahr als abgeflossen, für das der Anspruch bestand bzw. für das sie getätigt wurden.
- § 124b Z 399 – rückwirkend für (Rück-)Zahlungen ab 2022, auf Antrag auf alle offenen Veranlagungsverfahren

Nicht abzugsfähige Ausgaben

§ 20 Abs. 1 Z 8 EStG 1988

Budgetbegleitgesetz 2022, Entwurf

- § 20 Abs. 1 Z 8 EStG soll auf Grund der Rechtsprechung abgeändert werden:
 - Vom Abzugsverbot sollen Zahlungen ausgenommen werden, die **bei oder nach Beendigung des Dienstverhältnisses im Rahmen von Sozialplänen** als Folge von Betriebsänderungen iSd § 109 Abs. 1 Z 1 bis 6 ArbVG erfolgen
 - Soll für Abfertigungen gelten, die ab dem Kalenderjahr 2023 geleistet werden.

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Nichtsteuerbare Leistungen

§ 26 EStG 1988

Abgabenänderungsgesetz 2022

- In § 26 Z 5 lit. b wird der erste Satz durch folgende Sätze ersetzt:
 - Die Zurverfügungstellung einer Wochen-, Monats- oder Jahreskarte für ein Massenbeförderungsmittel durch den Arbeitgeber für seine Arbeitnehmer, sofern die Karte zumindest am Wohn- oder Arbeitsort gültig ist. **Dies gilt auch, wenn der Arbeitgeber die Kosten einer solchen Karte zumindest teilweise übernimmt.**

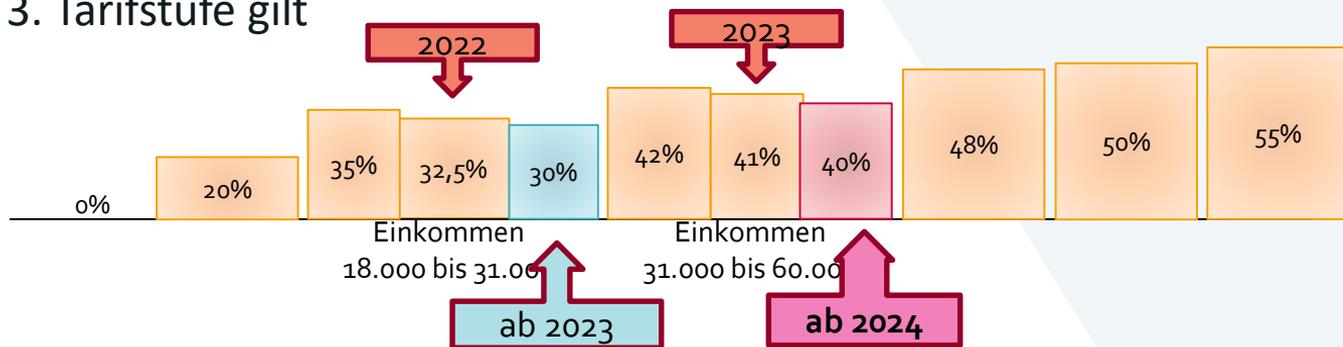
Steuersätze und Steuerabsetzbeträge

§ 33 EStG 1988

Steuertarif

Ökosoziiales Steuerreformgesetz 2022

- § 33 Abs. 1 – Tarifsenkung auf 30% und 40%
 - § 124b Z 390 für die 2. Tarifstufe gilt
 - 2022 -> 32,5% (Aufrollung bis 31.5.2022)
 - Ab 1.1.2023 -> 30%
 - § 124b Z 391 für die 3. Tarifstufe gilt
 - Ab 2023 -> 41%
 - Ab 2024 -> 40%



Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

Abschaffung der kalten Progression:

- **Steuertarif ab 2023**
- § 33 (1) Die Einkommensteuer beträgt jährlich

			2023	2024
für die ersten	11.693 €		0%	0%
für Einkommensteile über	11.693 €	bis 19.134 €	20%	20%
für Einkommensteile über	19.134 €	bis 32.075 €	30%	30%
für Einkommensteile über	32.075 €	bis 62.080 €	41%	40%
für Einkommensteile über	62.080 €	bis 93.120 €	48%	48%
für Einkommensteile über	93.120 €		50%	50%
für Einkommensteile über	eine Million € (2016 bis 2025)		55%.	55%

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

– Effektivtabelle 2023

LSt-Tabelle für unselbständig Beschäftigte 2023						
Monatslohn bis	Grenzsteuer-satz	Abzug	Verkehrsabsetz-betrag	Alleinverdiener- / Alleinerzieherabsetzbetrag		
				für 1 Kind	für 2 Kinder	für jedes weitere Kind
985,42	0,00%					
1.605,50	20,00%	197,08	35,08	43,33	58,67	19,33
2.683,92	30,00%	357,63	35,08	43,33	58,67	19,33
5.184,33	41,00%	652,86	35,08	43,33	58,67	19,33
7.771,00	48,00%	1.015,77	35,08	43,33	58,67	19,33
83.344,33	50,00%	1.171,19	35,08	43,33	58,67	19,33
darüber	55,00%	5.338,40	35,08	43,33	58,67	19,33

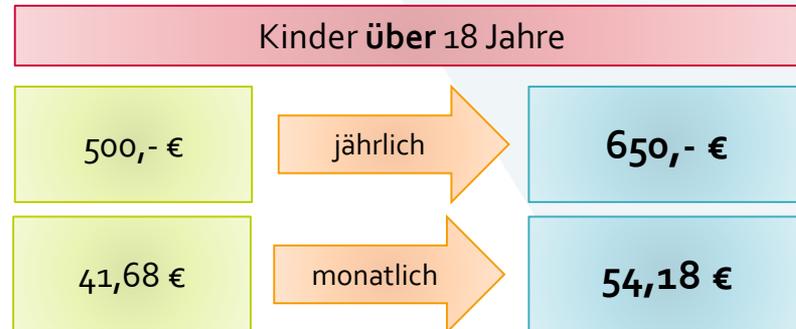
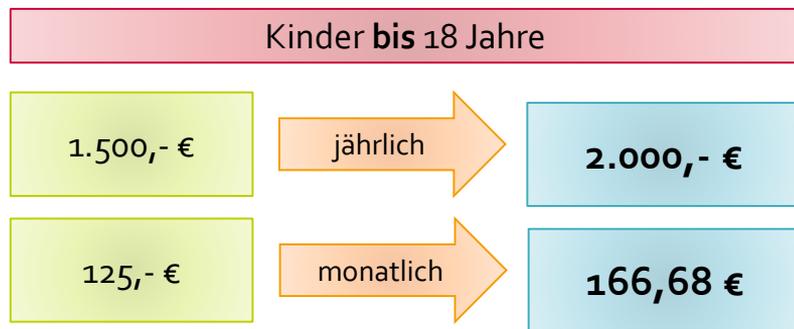
Monatslohn = Bruttobezug abzüglich SV-Beiträgen und Freibeträgen, jedoch vor Abzug von Werbungskostenpauschale (132 € p. a.). Der Familienbonus ist als erster Absetzbetrag bis maximal null abzuziehen. Der erhöhte Verkehrsabsetzbetrag und der Zuschlag zum Verkehrsabsetzbetrag sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Familienbonus Plus & Kindermehrbetrag

Ökosoziales Steuerreformgesetz 2022

- § 33 Abs. 3a – Erhöhung Familienbonus Plus
– § 124b Z 392 -> **ab Juli 2022**



Änderung EStG 1988, BGBl I 135/2022

- Anpassung aufgrund der EuGH-Erkenntnisses betreffend Indexierung
- § 33 Abs. 3
 - Steuerpflichtigen, denen auf Grund des Familienlastenausgleichsgesetzes 1967 Familienbeihilfe gewährt wird, steht im Wege der gemeinsamen Auszahlung mit der Familienbeihilfe ein Kinderabsetzbetrag von monatlich 58,40 € für jedes Kind zu. Für Kinder, die sich ständig außerhalb eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines Staates des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweiz aufhalten, steht kein Kinderabsetzbetrag zu.
 - Entfall der Indexierung rückwirkend ab 2019
 - Nachzahlung für „Niedrigpreisländer“ im Wege der Auszahlung der Familienbeihilfe
 - Anpassung für „Hochpreisländer“ ab 1.8.2022

Verordnung, mit der die Familienbonus Plus-Absetzbeträge-EU-Anpassungsverordnung geändert wird, BGBl II 193/2022 vom 23.5.2022

- **Anpassung der jeweiligen Länderwerte auf Grund § 33 Abs. 3a Z 2 EStG 1988**
- **wurde durch BGBl II 309/2022 vom 23.8.2022 wieder außer Kraft gesetzt**

Änderung der Familienbonus Plus-Absetzbeträge-EU-Anpassungsverordnung, BGBl II 309/2022 vom 23.8.2022

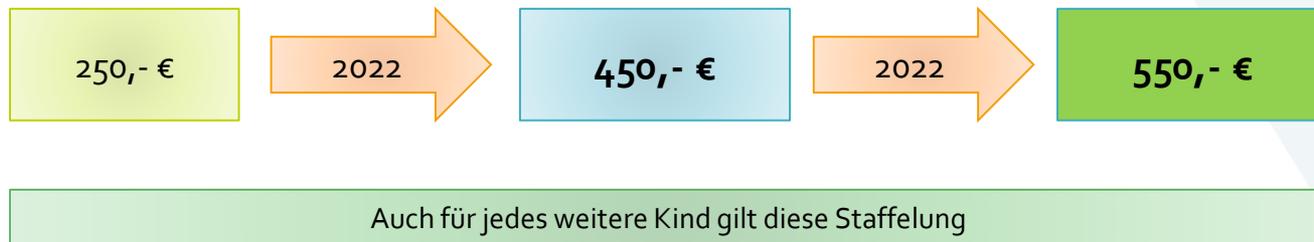
- § 3 Abs. 5 *[Kindermehrbetrag]* in der Fassung vor BGBl. II Nr. 193/2022 ist **letztmalig für die Veranlagung des Kalenderjahres 2021** anzuwenden.
- Für die **Veranlagung für das Kalenderjahr 2022** werden die Werte für die „**Hochpreisländer**“ aufgrund des Anpassungsfaktors nach § 2 Abs. 2 bestimmt
- § 3 Abs. 3 in der Fassung BGBl. II Nr. 193/2022 ist **letztmalig anzuwenden** für die Veranlagung des Kalenderjahres 2021 bzw. wenn die Einkommensteuer (Lohnsteuer) durch Abzug eingehoben wird, **für Lohnzahlungszeiträume, die vor dem 1. August 2022** enden (§ 124b Z 410 EStG 1988).
- Die **Familienbonus Plus-Absetzbeträge-EU-Anpassungsverordnung tritt mit 1. Jänner 2023 außer Kraft**

Änderung der Familienbonus Plus

- Auswirkungen auf die Lohnverrechnung (§ 124b Z 410 EStG):
 - AVAB / AEAB und Kindermehrbetrag werden **im Wege der Veranlagung** 2022 neu berücksichtigt
 - Für „**Niedrigpreisländer**“ gilt für 2022 **Aufrollung** auf Inlandswerte bis Ende September 2022, sofern technisch und organisatorisch möglich
 - Für „**Hochpreisländer**“ gilt bis 31.7.2022 - Berücksichtigung der Werte laut Verordnung, ab 1.8.2022 Berücksichtigung der Inlandswerte

Ökosozielles Steuerreformgesetz 2022 iVm Teuerungsentlastungspaket

- § 33 Abs. 7 – Erhöhung Kindermehrbetrag (nur im Wege der ANV)
 - § 124b Z 394 – ab Veranlagung für 2022
 - Für 2022 - 450 € statt 350 €;
 - durch **Teuerungsentlastungspaket**, BGBl I 93/2022, **bereits ab 2022 auf 550 €**



Verkehrsabsetzbetrag / Pensionistenabsetzbetrag

Ökosozielles Steuerreformgesetz 2022

- § 33 Abs. 5 – Erhöhung Zuschlag zum Verkehrsabsatzbetrag
 - § 124b Z 393 - > rückwirkend ab 2021
 - Erhöhung von 400 € auf 650 €
 - Einschleifung zw. 16.000 € und 24.500 €

Ökosoziales Steuerreformgesetz 2022

- § 33 Abs. 6 – Erhöhung Pensionistenabsetzbetrag
 - § 124b Z 393 - > rückwirkend ab 2021,
 - 2021 im Wege der Veranlagung
 - 2022 Aufrollung durch pensionsauszahlende Stelle bis Ende Mai 2022

Erhöhter Pensionistenabsetzbetrag – § 33 Abs. 6 Z 2 EStG 1988

Erhöhung von 964 € auf 1.214 €

Einschleifung zw. 19.930 und 25.500 € (25.250)

Pensionistenabsetzbetrag – § 33 Abs. 6 Z 3 EStG 1988

Erhöhung von 600 € auf 825 €

Einschleifung zw. 17.500 € und 25.500 €

Teuerungs-Entlastungspaket

- Erhöhung der Einschleifgrenzen beim **Pensionistenabsetzbetrag**
 - Obergrenze 25.500 statt 25.250 ab 2023 (§ 124b Z 406)
- § 33 Abs. 7 - Erhöhung **Kindermehrbetrag** ab Jänner 2022 von 450 € auf 550 € (§ 124b Z 394)
- Erhöhung **FaBo+** rückwirkend ab Jänner 2022 mit Aufrollung durch Arbeitgeber bis Ende September (§ 124b Z 392)

Ökosozielles Steuerreformgesetz 2022

	Arbeitnehmer	Pensionisten
Absetzbeträge	Verkehrsabsetzbetrag- Zuschlag: 650 € (vorher: 400 €)	Pensionistenabsetzbetrag: 825 € (vorher: 600 €) Erhöhter Pensionistenabsetzbetrag: 1.214 € (vorher: 964 €)
SV- Rückerstattung	55% bzw. max. 400 € (vorher: 50%)	80% bzw. max. 550 € (vorher: 75% bzw. max. 300 €)
SV-Bonus	650 € (vorher: 400 €)	-
Einschleifgrenzen	16.000 bis 24.500 € Jahreseinkommen (vorher: 15.500 € bis 21.500 €)	PAB: 17.500 bis 25.500 € jährliche Pensionsbezüge (vorher: 17.000 bis 25.000 €) Erhöhter PAB: 19.930 bis 25.250 € jährliche Pensionsbezüge (vorher: 19.930 bis 25.000 €)

Teuerungs-Entlastungspaket

	Arbeitnehmer	Pensionisten
Absetzbeträge	Verkehrsabsetzbetrag- Zuschlag: 650 € (vorher: 400 €)	Pensionistenabsetzbetrag: 825 € (vorher: 600 €) Erhöhter Pensionistenabsetzbetrag: 1.214 € (vorher: 964 €)
SV- Rückerstattung	55% bzw. max. 400 € (vorher: 50%)	80% bzw. max. 550 € (vorher: 75% bzw. max. 300 €)
SV-Bonus	650 € (vorher: 400 €)	-
Einschleifgrenzen	16.000 bis 24.500 € Jahreseinkommen (vorher: 15.500 € bis 21.500 €)	PAB: 17.500 bis 25.500 € jährliche Pensionsbezüge (vorher: 17.000 bis 25.000 €) Erhöhter PAB: 19.930 bis 25.500 € ab 2023 jährliche Pensionsbezüge (vorher: 19.930 bis 25.250 €)

Teuerungs-Entlastungspaket

- § 124b Z 407 - **für das Kalenderjahr 2022 im Wege der Veranlagung**
- **Teuerungsabsetzbetrag** iHv 500 €
 - **keine außerordentliche Einmalzahlung vom Pensionsversicherungsträger**
- Bei **Aktiven**
 - bis Einkommen iHv 18.200 € (Einschleifung zwischen 18.200 € und 24.500 €)
 - Erhöhung SV-Rückerstattung auf 70% höchstens 1.550 €
- Bei Anspruch auf **Pensionistenabsetzbetrag**
 - Bis Einkommen iHv 20.500 €; Einschleifung zwischen 20.500 € und 25.500 €
 - Erhöhung SV-Rückerstattung auf 100%, höchstens 1.050 €
 - **Aufrollung durch pensionsauszahlende Stelle** bis Ende September

Änderung der Lohnkonten-VO, BGBl II 2022/303

- Änderung der Lohnkontenverordnung 2006 durch BGBl II 2022/303, ausgegeben am 9. 8. 2022
 - § 5 Abs 3 Lohnkontenverordnung 2006
 - Für das Kalenderjahr 2022 ist im Lohnkonto auch einzutragen, ob eine **außerordentliche Einmalzahlung** nach § 772a ASVG, § 400a GSVG, § 394a BSVG, § 95h PG 1965 oder § 60 Abs 19 BB-PG zugewendet wurde.

Änderung GSVG und BSVG, BGBl I 138/2022

- § 398a GSVG; § 392a BSVG :
 - Außerordentliche Gutschrift für Personen, die am 31.8.2022 nach dem GSVG oder BSVG pflicht- oder selbstversichert sind, wenn monatliche Beitragsgrundlage in der KV 2.900,00 € nicht übersteigt.
 - Staffelung je nach Beitragsgrundlage

Änderung EStG 1988, BGBl I 138/2022

- § 124b Z 407 lit. a und b lauten:
 - Einfügung des Satzes:
Der Teuerungsabsetzbetrag vermindert sich um außerordentliche Gutschriften gemäß § 398a GSVG und § 392a BSVG.

Änderung EStG 1988, BGBl I 138/2022

- § 124b Z 411:
 - Die **außerordentliche Gutschrift** gemäß § 398a GSVG und § 392a BSVG ist von der **Einkommensteuer befreit**, wenn das Einkommen (§ 2 Abs. 2 EStG 1988) des Empfängers im Zuflussjahr vor Berücksichtigung der außerordentlichen Gutschrift **nicht mehr als 24 500 €** beträgt; andernfalls ist sie – ohne Erhöhung der betrieblichen Einkünfte – der Einkommensteuerbemessungsgrundlage hinzuzurechnen.
 - Pflichtveranlagung, wenn die Voraussetzungen für die Steuerfreiheit nicht vorliegen
 - Datenübermittlung durch den jeweiligen Sozialversicherungsträger bis spätestens Ende Februar

Änderung Klimabonusgesetz

BGBl I 90/2022

Änderung Klimabonusgesetz

- Für 2022 besteht der Klimabonus aus einem Sockelbetrag iHv 250 € (keine reg Differenzierung) und
- Anti-Teuerungsbonus
 - 250 € für Volljährige
 - 125 € für Minderjährige
- Klimabonus und Anti-Teuerungsbonus gelten grundsätzlich nicht als eigenes Einkommen
- Anti-Teuerungsbonus wird bei der Veranlagung der Bemessungsgrundlage hinzugerechnet, wenn das Einkommen mehr als 90.000 € beträgt.

Abgabenänderungsgesetz 2022

BGBI I 108/2022 vom 19.7.2022

Abgabenänderungsgesetz 2022

- Die Pflichttatbestände in § 41 werden sprachlich gleichgestaltet
 - 6. ein Pendlerpauschale gemäß § 16 Abs. 1 Z 6 berücksichtigt wurde, aber die Voraussetzungen nicht vorlagen oder ein nicht zustehender Betrag berücksichtigt wurde
 - In Z 13 entfällt die Wortfolge „von mehreren Arbeitgebern“
 - 14. im Kalenderjahr mehr als 3 000 € Gewinnbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 Z 35 steuerfrei berücksichtigt wurde,
 - 15. gemäß § 26 Z 5 lit. b eine Wochen-, Monats- oder Jahreskarte für ein Massenbeförderungsmittel zur Verfügung gestellt wurde oder Kosten einer solchen Karte übernommen wurden, aber die Voraussetzungen nicht vorlagen oder ein nicht zustehender Betrag unversteuert belassen wurde.

Abgabenänderungsgesetz 2022

- In § 84 wird in Abs. 3 am Ende folgender Satz angefügt:
 - Ein in Folge einer Lohnsteuerprüfung gemäß § 86 erstellter Lohnzettel stellt ein rückwirkendes Ereignis im Sinn des § 295a der Bundesabgabenordnung dar.

Abgabenänderungsgesetz 2022

- § 124b
 - In Z 364 erster Satz wird die Wortfolge „Im Kalenderjahr 2020 und 2021“ durch die Wortfolge „In den Kalenderjahren 2020, 2021 und 2022“ ersetzt
 - => Ausdehnung der **pauschalen Erhöhung des Jahressechstels bei Kurzarbeit** auf das Kalenderjahr 2022

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II

Regierungsvorlage

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

Abschaffung der kalten Progression,

- **Erhöhung der Absetzbeträge ab 2023**
- Alleinverdiener / Alleinerzieher
 - 1 Kind 494 -> **520 €**
 - 2 Kinder 669 -> **704 €**
 - jedes weitere Kind 220 -> **232 €**
 - Grenzbetrag für AVAB / AEAB von 6.000 € auf **6.312 €**

Gesetzgebung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

Abschaffung der kalten Progression:

- **Erhöhung der Absetzbeträge ab 2023**
- Unterhaltsabsetzbetrag
 - 1 Kind 29,20 -> **31€**
 - 2 Kinder 43,80 -> **47 €**
 - jedes weitere Kind 58,40 -> **62 €**

Gesetzgebung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

Abschaffung der kalten Progression:

- **Erhöhung der Absetzbeträge ab 2023**
- **Verkehrsabsetzbetrag auf 421 € (400)**
- **Erhöhter Verkehrsabsetzbetrag 726 € (690),**
einschleifend auf 421 € (400) bei Einkommen zw 12.835 € (12.200) bis
13.676 € (13.000)
- **Zuschlag zum VAB 684 € (650) bis 16.832 € (16.000)**
einschleifend auf Null bei Einkommen zw 16.832 € (16.000) bis 25.774 €
(24.500)

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

Abschaffung der kalten Progression:

- **Erhöhung der Absetzbeträge ab 2023**

- Pensionistenabsetzbetrag **868 € (825)**
Einschleifung zw 18.410 € (17.500) bis 26.826 € (25.500)

- Erhöhter Pensionistenabsetzbetrag **1.278 € (1,214)**
Einschleifung zw 20.967 € (19.930) bis 26.826 € (25.500)

- Partnereinkommen höchstens **2.315 € (2.200)**

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

Abschaffung der kalten Progression:

- **SV-Rückerstattung ab 2023**
- bei Anspruch auf den Verkehrsabsetzbetrag **421 € (400)**
- bei Anspruch auf ein Pendlerpauschale **526 € (500)**
- bei Anspruch auf den Zuschlag zum VAB **684 € (650)**
- Bei Anspruch auf den Pensionistenabsetzbetrag **579 € (550)**

Gesetzgebung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

Abschaffung der kalten Progression:

- § 34 Abs. 4 - Grenzbetrag für Partnereinkommen 6.312 € (6.000)
- § 42 Abs. 1 Z 3 - Grenzbeträge für Steuererklärungspflicht 11.693 € (11.000) bzw. 12.756 € (12.000)
- § 99 Abs. 2 - Grenzbetrag für Nettobesteuerung 2.126 € (2.000)
- § 102 Abs. 3 - Hinzurechnung bei beschränkter Steuerpflicht 9.567 € (9.000)

Gesetzgebung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

Abschaffung der kalten Progression:

- § 33a Inflationsanpassung
 - Anpassung an das arithmetische Mittel der Inflationsrate für Juli bis Mai sowie der voraussichtlichen Werte für Juni
 - Anpassung im Ausmaß von zwei Drittel auf volle € aufgerundet
 - über restliches Drittel Beschluss der BReg bis jeweils 15. September auf Grund eines vorzulegenden Progressionsberichts

Gesetzgebung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket Teil II, RV

– § 41 Abs. 5 FLAG

- Ab dem Kalenderjahr 2025 beträgt der Dienstgeberbeitrag 3,7 % der Beitragsgrundlage.

– § 41 Abs. 5a FLAG

- In den Kalenderjahren 2023 und 2024 beträgt der DB 3,7%, wenn dies in einer lohngestaltenden Vorschrift gemäß § 68 Abs. 5 EStG festgelegt ist.

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Teuerungs-Entlastungspaket III

Regierungsvorlage

Teuerungs-Entlastungspaket III, RV

- § 16 FLAG
 - Ab 2023 erhöht sich die Familienbeihilfe und der Mehrkindzuschlag mit dem Anpassungsfaktor nach § 108f ASVG
- § 33 Abs. 3 EStG 1988
 - Auch der Kinderabsetzbetrag wird ab 2023 mit dem Anpassungsfaktor nach § 108f ASVG valorisiert

Gesetzwerdung bleibt
abzuwarten

Änderung von Verordnungen

Lohnkontenverordnung

Änderung der Lohnkonten-VO, BGBl II 303/2022

- Änderung der Lohnkontenverordnung 2006, BGBl II 2022/303 vom 9.8.2022
 - § 1 Abs 1 Z 18 Lohnkontenverordnung 2006
 - Besteht **im Inland keine Betriebsstätte des Arbeitgebers**, so kann gem § 47 Abs 1 lit b EStG für Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit die Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn (Lohnsteuer) erhoben werden.
 - In das Lohnkonto ist auch einzutragen, **ob ein solcher freiwilliger Lohnsteuerabzug durch den Arbeitgeber vorgenommen wurde**.

Änderung von Verordnungen

Sachbezugswerte-VO – **in Verhandlung**

Sachbezugswerte-VO (geplante Änderungen)

- **Befreiung iZm Ladekosten von CO₂-emissionsfreien Fahrzeuge**
- AG-eigene Fahrzeuge:
 - Unentgeltliche Aufladen beim AG
 - Kostenersatz des Arbeitgebers für Ladestrom
 - (teilweise) Kostentragung/Zurverfügungstellung E-Ladestation beim Hauptwohnsitz des Arbeitnehmers (gedeckt mit Höchstbetrag)
- AN-eigene Fahrzeuge:
 - Unentgeltliches Aufladen beim Arbeitgeber
- **Ab 2023**
- Klarstellung betreffend Gehaltsumwandlung iZm Fahrräder und CO₂-emissionsfreien Fahrzeuge

**Kundmachung
bleibt abzuwarten**

DBA-Durchführung-Anpassungsverordnung

BGBl II 318/2022 vom 24.8.2022

Verordnung zur Abzugsteuerentlastung bei Arbeitskräftegestellung

- § 1 Sicherstellung der Steuer auf die Löhne bei Arbeitskräftegestellung
 - mit dem Einbehalt und der Abfuhr von 70 % der Abzugsteuer vom Gestellungsentgelt (§§ 99 Abs. 2 Z 1 in Verbindung mit § 100 Abs. 1 EStG 1988) gelten die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit der überlassenen Arbeitskräfte im Sinne des § 98 Abs. 1 Z 4 EStG 1988 als wirtschaftlich bereits nach § 98 Abs. 1 Z 3 EStG 1988 erfasst sowie deren Besteuerung sichergestellt

Verordnung zur Abzugsteuerentlastung bei Arbeitskräftegestellung

- § 3 Entlastung an der Quelle
 - Zur Sicherstellung der Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit der gestellten Arbeitnehmer ist eine Entlastung an der Quelle nur in folgenden Fällen zulässig:
 1. Im Fall von **konzerninternen Personalüberlassungen von Angestellten**, wenn
 - a) 70 % der Abzugsteuer vom Gestellungsentgelt (§ 1) einbehalten und abgeführt wird oder
 - b) für die überlassenen Arbeitskräfte ein Lohnsteuerabzug im Sinne des § 47 Abs. 1 lit. b EStG 1988 durchgeführt wird.

Verordnung zur Abzugsteuerentlastung bei Arbeitskräftegestellung

- § 3 Entlastung an der Quelle

2. In allen anderen Fällen kann das Finanzamt für Großbetriebe **über Antrag** eines abkommensberechtigten Arbeitskräfteüberlassungsunternehmens bei Vergütungen für die Gestellung von Arbeitskräften zur inländischen Arbeitsausübung **zeitlich befristet durch Bescheid** eine Entlastung an der Quelle zulassen, wenn sichergestellt ist, dass keine Umgehungsgestaltung vorliegt und

- a) 70 % der Abzugsteuer vom Gestellungsentgelt (§ 1) einbehalten und abgeführt wird oder
- b) für die überlassenen Arbeitskräfte ein Lohnsteuerabzug im Sinne des § 47 Abs. 1 lit. b EStG 1988 vorgenommen wird sowie das ausländische Arbeitskräfteüberlassungsunternehmen die Pflichten des Arbeitgebers im Sinne des § 82 EStG 1988 wahrnimmt.

Gestellungsnehmer können die Entlastung an der Quelle für jene Zeiträume vornehmen, für die ihnen eine Kopie dieses Bescheides (Befreiungsbescheid) vorliegt.

Verordnung zur Abzugsteuerentlastung bei Arbeitskräftegestellung

- § 4 Rückerstattung
 - Sind Einkünfte aus der Gestellung von Arbeitskräften zur inländischen Arbeitsausübung von im Ausland ansässigen Personen auf Grund von Doppelbesteuerungsabkommen von einer inländischen Abzugsbesteuerung zu entlasten, ist eine Rückerstattung in Höhe von 70 % der Abzugsteuer vom Gestellungsentgelt (§ 1) unzulässig.
 - Eine Rückerstattung in voller Höhe ist zulässig, wenn für die überlassenen Arbeitskräfte ein Lohnsteuerabzug im Sinne des § 47 Abs. 1 lit. b EStG 1988 vorgenommen wurde sowie das ausländische Arbeitskräfteüberlassungsunternehmen die Pflichten des Arbeitgebers im Sinne des § 82 EStG 1988 wahrnimmt.

Verordnung zur Abzugsteuerentlastung bei Arbeitskräftegestellung

- § 5 Kurzfristige Arbeitskräftegestellungen aus Deutschland
 - der Lohnsteuerabzug kann unterbleiben, wenn
 - ein Nachweis darüber erbracht wird, dass der Arbeitslohn der überlassenen Arbeitskräfte auf Grund von Art. 15 Abs. 3 des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, BGBl. III Nr. 182/2002, in der Fassung BGBl. III Nr. 32/2012, in Österreich nicht besteuert werden darf.

Verordnung zur Abzugsteuerentlastung bei Arbeitskräftegestellung

- § 6 Schlussbestimmungen
 - Die Verordnung tritt am 1. September 2022 in Kraft und ist auf Einkünfte anzuwenden, die ab diesem Zeitpunkt zufließen, wobei § 4 auch auf alle offenen Fälle anzuwenden ist.
 - Abweichend davon tritt § 3 Abs. 2 Z 2 lit. a [*Einbehalt von 70% der Abzugsteuer*] und Abs. 4 Z 3 lit. g [*Erklärung, ob eine pauschale Entlastung an der Quelle gemäß Abs. 2 Z 2 lit. a in Anspruch genommen wird*] am 1. Jänner 2023 in Kraft und ist auf Einkünfte anzuwenden, die ab dem 1. Jänner 2023 zufließen.